

Liebe Freundinnen und Freunde,

mit uns gemeinsam gehen heute gegen die sog. „Freihandelsabkommen“ TTIP, CETA und TISA europaweit hunderttausende Menschen auf die Straße. Wir haben die Kundgebung hier vor Ort mit „NEIN zur Ansbacher Hormon-Bratwurst“ überschrieben.

Sollten die Abkommen in den derzeit bekannten Fassungen ratifiziert werden, dann bedeutet dies tiefe Einschnitte für das tägliche Leben aller Bürger. Die deutschen Standards in sozialen und ökologischen Bereichen sowie beim Verbraucherschutz würden ausgehöhlt werden.

Gentechnisch veränderte Produkte müssten nicht mehr gekennzeichnet werden, Chlorhühnchen würden en masse aus den USA eingeführt und in unserer Ansbacher Bratwurst könnte künftig mit Hormonen aufgepumptes Fleisch verwendet werden. Einige satirisch gemeinten Passagen des Bratwurst-Songs könnten so bittere Realität werden. TTIP bringt somit nicht nur die Grundfesten unserer Demokratie ins Wanken, sondern auch schafft auch den Schutz unserer kulturellen Identität ab: Wenn das umgesetzt wird, was die Lobbyisten mit den Regierungen hinter verschlossenen Türen ausgedeutelt haben, dann können künftig Konzerne sogar gegen die Einhaltung des Bayerischen Reinheitsgebots klagen.

Dabei klingt doch auf den ersten Blick alles so schön positiv: Freihandel, Investorenschutz und so weiter. Dahinter verbirgt sich jedoch nichts anderes als die schleichende Selbstabschaffung der Politik. Vom Bundesgesetz bis hin zur kommunalen Verordnung: Alles soll unter dem Vorbehalt geheim tagender Schiedsgerichte stehen, die eine Abwägung zwischen die Interessen der Menschen, sprich der Allgemeinheit, auf der einen und dem Shareholder-Value, also den Renditezielen der internationalen Großkonzernen und ihrer Aktionäre, treffen.

Was bedeutet das für uns in Ansbach? Immer mehr Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen durch TTIP zum „allgemeinen wirtschaftlichen Interesse“ deklariert werden. Städte und Landkreise sollen so gezwungen werden können infolge festgeschriebener „Marktzugangsverpflichtungen“ kommunale Aufgaben zu privatisieren und transatlantisch auszuschreiben. Das würde von der Wasserversorgung über die Müllabfuhr bis hin zur Kulturförderung zahlreiche Bereiche, mit denen wir täglich konfrontiert sind und die das Leben in Ansbach lebenswert machen, betreffen. Soziale Standards, wie Arbeitsschutzmaßnahmen, oder ökologische Bedingungen, wie

klimaschonendes Wirtschaften, sollen in den Ausschreibungen allenfalls eine untergeordnete Bedeutung erhalten.

Zudem soll es für Kommunen unmöglich gemacht werden, bereits privatisierte öffentliche Aufgaben wieder zurück in Bürgerhand zu bekommen. Dies beträfe etwa die Rekommunalisierung der Stadtwerke, auch wenn das die Ansbacher Privatisierungspartei SPD sehr freuen würde. Die SPD auf Bundesebene, allen voran Sigmar Gabriel, bricht dabei derzeit in drohender Kulisse den Widerstand der verbliebenen Sozialdemokraten innerhalb der SPD gegen TTIP. Nach der Energiewende fährt dieser neue Genosse der Bosse jetzt auch noch das Primat der Politik gegen die Wand.

TTIP schädigt darüber hinaus die kleinen und mittelständischen Unternehmen vor Ort. Künftig soll es Städten und Gemeinden verboten werden, Aufträge freihändig unter besonderer Berücksichtigung regionaler Anbieter zu vergeben. Auch hier liefere die Auftragsvergabe transatlantisch – unter einem erheblichen bürokratischen Mehraufwand. Das heißt zum Beispiel, dass die Umrüstung der Heizungsanlagen im Rathaus nicht mehr von Elektro Lintermann oder Sanitär Sauerhöfer bewerkstelligt werden würde, sondern etwa von Energieriesen wie General Electrics.

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Bundesregierung und die EU-Kommission betreiben mit TTIP, CETA und TiSA den Ausverkauf unserer Grundrechte. Die Werte unseres Grundgesetzes werden immer offener mit Füßen getreten. Während Kanzlerin Merkel die soziale Marktwirtschaft in die „marktkonforme Demokratie“ umdeutet, fordert das Staatsoberhaupt in peinlich schrillen Tönen, Deutschland solle endlich wieder Kriege führen. Und in Brüssel beschwert sich Kommissionspräsident Barroso darüber, dass demokratische Entscheidungen zu lange dauern würden. Demokratie als solche sei damit ein Wettbewerbsnachteil.

Diese Entwicklungen weg vom demokratischen Sozialstaat hin zu einer Diktatur des Kapitals erschrecken zutiefst. Daher ist es richtig und wichtig, mit vereinten Kräften in ganz Europa Widerstand gegen diese Freiheitseinschränkungsabkommen für Mensch und Umwelt zu organisieren. Unterstützt die Europäische Bürgerinitiative mit eurer Unterschrift und macht Druck auf die Mandatsträger in Bund, Land und Kommune.

Es geht um die Wurst – und zwar um viel mehr als nur die Ansbacher Bratwurst: Es geht um unsere Demokratie!

25 Jahre nach dem Mauerfall –und wir stehen heute vor einem Stück der Mauer- wird einmal mehr eine historisch-politische Debatte darüber geführt, ob die DDR ein Unrechtsstaat war.

Liebe Freundinnen und Freunde,

um es in aller Deutlichkeit zu sagen: 25 Jahre nach dem Fall der Mauer müssen wir vielmehr dafür kämpfen, dass die Bundesrepublik kein Unrechtsstaat wird.